

Sozialkonferenz Kanton Zürich

# Jahresbericht 2021

**Sozialkonferenz des Kantons Zürich**

1. Januar bis 31. Dezember 2021



# Inhalt

<b>Editorial</b> .....	5
<b>Sozialpolitische Aktivitäten</b> .....	6
<b>Vernehmlassungen / Empfehlungen</b> .....	6
<b>Öffentlichkeitsarbeit</b> .....	7
<b>Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien</b> .....	7
<b>Arbeitsgruppen</b> .....	8
<b>Kursangebot</b> .....	9
<b>Zusammenkunft der Sozialvorstände 2021</b> .....	10
<b>Jahrestagung 2021</b> .....	11
<b>Organe / Finanzen</b> .....	14



# Editorial

## Geschätzte Mitglieder der Sozialkonferenz des Kantons Zürich

### Liebe Leserinnen und liebe Leser

Wir starten mit guten Nachrichten in diesen Jahresbericht: Trotz Coronapandemie sanken im Jahr 2021 die Fallzahlen in der Sozialhilfe. Der Arbeitsmarkt erholte sich erstaunlich gut, und die wirtschaftspolitischen Massnahmen sowie staatlichen Hilfen von Bund, Kanton und Gemeinden waren weiterhin sehr wirksam. In einigen Branchen herrscht zudem ein Arbeitskräftemangel, was Menschen mit tiefen beruflichen Qualifikationen Chancen eröffnen kann.

Im Zusammenhang mit der Pandemie hat der Nichtbezug von Sozialhilfe infolge Verlust der Arbeitsstelle eine neue Dimension erhalten. Besonders Ausländerinnen und Ausländer scheuen offenbar trotz Anspruch den Gang zu den Sozialhilfestellen. Sie befürchten ausländerrechtliche Konsequenzen, sprich eine Ausweisung.

Armut beeinträchtigt die Gesundheit und den Berufseinstieg. Die Sozialhilfestellen haben laut Sozialhilfegesetz §1 SHG einen Präventionsauftrag. Die Sozialkonferenz Kanton Zürich (SoKo) legt daher ein spezielles Augenmerk auf die entsprechenden Entwicklungen, um daraus allfälligen Handlungsbedarf abzuleiten.

Die Mitgliederversammlung 2021 der SoKo wurde aufgrund der geltenden Schutzmassnahmen wie schon im Vorjahr wieder auf elektronischem Weg durchgeführt. Die Sommertagung musste leider ganz abgesagt werden. Zu unserer grossen Freude konnte dagegen die Jahrestagung im November in Winterthur mit physischer Präsenz stattfinden. Die Tagungen sind ein wichtiger Ort der fachlichen Weiterbildung und des persönlichen Austausches zwischen Behördenmitglieder und Fachleuten. 2021 traten erfreulicherweise weitere Gemeinden in die Sozialkonferenz ein, womit nun fast alle Gemeinden im Kanton Zürich Mitglied in der SoKo sind. Dies stärkt die SoKo in ihrem Auftrag für die Kommunen. Sozialpolitisch bestimmte jedoch nicht Corona das Jahr. Die SoKo setzte sich intensiv für mehrere Themen ein, um Verbesserungen für die Gemeinden zu erreichen – sei es bei verschiedenen Vollzugsaufgaben oder bei den Kosten. Auch das erstklassige Weiterbildungsangebot der SoKo wird gestärkt. Lesen Sie die Details dazu in diesem Jahresbericht.

Das Co-Präsidium der Sozialkonferenz Kanton Zürich

Astrid Furrer und Daniel Knöpfli

## Sozialpolitische Aktivitäten

Sozialhilfe-Klientinnen und -Klienten müssen aufgrund einer Teilrevision des Sozialhilfegesetzes (SHG) eine günstige Krankenkasse respektive ein günstiges Kassenmodell wählen. Gleichzeitig wurde der Vollzug im Zusammenhang mit der Individuellen Prämienverbilligung (IPV) und der Restprämie aufgrund des neuen Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG) vom Gesetzgeber wesentlich angepasst. Der daraus folgende administrative Aufwand für alle Sozialhilfestellen der Gemeinden ist enorm. Die von der Gesundheitsdirektion (GD) angekündigte elektronische Schnittstelle zwischen den Gemeinde-Sozialdiensten und der Sozialversicherungsanstalt (SVA) konnte noch nicht realisiert werden. Die Umsetzung folgt voraussichtlich erst im Herbst 2022. Die SoKo setzte sich bei der GD und der SVA mit Vehemenz für eine entsprechende und für die Gemeinden praktikable Lösung ein. Das aufwändige Projekt ist mittlerweile auf gutem Weg.

Das neue Kinder und Jugendheimgesetz (KJG) und die dazu gehörende Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV), in Kraft seit 1.1.2022, bereiten den Gemeinden und der SoKo nach wie vor Sorgen. In der Vernehmlassung zur KJV bemängelten die SoKo, diverse Gemeinden und auch andere Verbände unter anderem die Kostenintransparenz, Fehlberechnungen und die fehlende Gesamtplanung. Die SoKo erwirkte zusammen mit dem Verband der Gemeindepräsidenten des Kantons Zürich (GPV) ein persönliches Gespräch mit der zuständigen Regierungsrätin Silvia Steiner. Daraus ist die KJG-Taskforce entstanden. Im Auftrag dieses Gremiums wurden im Berichtsjahr aufgrund der Inputs von SoKo und GPV erneute Kostenberechnungen unter Berücksichtigung zusätzlicher wesentlicher Faktoren angestellt. Auch sollen nun SoKo und GPV in die Gesamtplanung einbezogen werden. Ziel der SoKo ist es, drohende Angebotslücken durch tarifliche Fehlanreize zu verhindern und gute, auf Kinder zugeschnittene Angebote zu erhalten.

Dank Intervention der SoKo beim kantonalen Sozialamt (KSA) erhalten die Gemeinden für den Vollzug der Durchführung der Überbrückungsleistungen (ÜL) für ältere Arbeitslose eine Verwaltungspauschale. Die Gemeinden (die EL/ZL-Stellen) sind für den Vollzug des neuen Bundesgesetzes im Kanton verantwortlich.

Bei der Geschäftsstelle gingen immer wieder Anfragen von Gemeinden zu den Geldleistungen für vorläufig Aufgenommene (VA-A) und für Asylsuchende (AS) ein. Etliche Gemeinden konnten nicht verstehen, warum die Empfehlungen lediglich für VA-A gelten und nicht auch für AS. Die SoKo passte daher die Empfehlungen zu den Geldleistungen mit einer Erweiterung auf die AS an.

Aktuell erarbeitet die SoKo zusammen mit dem Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB) und dem KSA neue Empfehlungen zur Regelung der Nebenkosten, des Unterhalts-/Vernüpfungsbeitrages und zu weiteren individuellen Kosten bei Heim- und Familienpflegeleistungen gemäss dem KJG. Diese sind aufgrund der Gesetzesänderung im KJG notwendig.

Die Bearbeitungszeit von Stipendienanträgen dauert seit der Einführung des neuen Rechts Monate. Einige Antragstellerinnen und Antragsteller mussten ihre Ausbildung abbrechen oder konnten sie nicht Angriff nehmen. Für die SoKo ist das sehr unbefriedigend, da Sozialhilfebeziehende dadurch unnötigerweise länger von der Sozialhilfe abhängig bleiben und teilweise dringend nötige Ausbildungen nicht besuchen können. Das AJB erläuterte in einem Gespräch die Gründe. Die Stipendienabteilung traf Beschleunigungsmassnahmen. Die SoKo verfolgt die Entwicklung wachsam weiter.

Das Verwaltungsgerichtsurteil zu den Heim-Versorgertaxen der Gemeinde Neerach bestätigte die Beurteilung der SoKo, welche immer wieder auf die fehlende gesetzliche Grundlage hingewiesen hatte. Laut Verwaltungsgericht fehlt der Bildungsdirektion die gesetzliche Grundlage für eine verbindliche Festlegung der Versorgertaxen. Sie können den Eltern also nicht auferlegt werden. Folglich hat auch die Sozialhilfe keine subsidiäre Funktion. Der Kanton müsste nun mindestens die seit 2018 von den Gemeinden übernommenen Versorgertaxen zurückzahlen. Es geht um sehr hohe Geldbeträge. Mit dem neuen KJG konnten diese Probleme für die Gegenwart und Zukunft gelöst werden. Die SoKo ist zusammen mit dem GPV und mit der Bildungsdirektion im Gespräch, um eine Einigung zu finden, die den Gemeinden gerecht wird.

Die SoKo arbeitet aktiv an der bundesweiten Modernisierung der Sozialhilfestatistik mit. Dabei vertritt sie die Haltung, dass auf zu viel «Finetuning» verzichtet werden sollte, da dies die Erfassung nicht nur aufwändiger, sondern auch die Datenerhebung ungenauer macht.

## Vernehmlassungen/ Empfehlungen

Im Berichtsjahr hat die SoKo zwei Mal ihre Empfehlungen zu den Geldleistungen für vorläufig aufgenommene Ausländer/-innen (VA-A) mit Aufenthaltsstatus F aktualisiert. Am 8. Januar 2021 genehmigte der Leitende Ausschuss die Teuerungsanpassung und am 16. Juni 2021 verabschiedete der Vorstand die Ausweitung der Empfehlungen auf Asylsuchende. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur neuen Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV) nahm die SoKo umfassend Stellung. Erfreulich ist, dass die Bildungsdirektion etliche An-

regungen der SoKo übernommen hat. Bezüglich der Anpassungen der Nebenkostenempfehlungen der SoKo zu Kinder-, Jugend- und Schulheimplatzierungen ist die entsprechende Arbeitsgruppe, welcher auch Vertretungen des Amts für Jugend- und Berufsberatung (AJB) und des kantonalen Sozialamts (KSA) angehören, noch an der Arbeit. Ziel ist die überarbeitenden Empfehlungen baldmöglichst zu verabschieden.

## Öffentlichkeitsarbeit

Der regelmässige Kontakt und Informationsaustausch mit ihren Mitgliedern und den wichtigen Entscheidungsträgern ist für die SoKo enorm wichtig. Auch in der Berichtsperiode wurde dies mit Schwerpunkt auf zentrale Themen aktiv umgesetzt. Unter anderem versendete die SoKo 2021 insgesamt sieben umfangreiche Newsletter. Mit diesen wurden die rund 860 Newsletter-Empfänger mit den wichtigsten Informationen zu aktuellen Entwicklungen und Themen rund um die Sozialhilfe und die Sozialpolitik versorgt. So blieben die SoKo-Mitglieder stets auf dem neusten Stand. Sei es bezüglich der Umsetzung und der Auswirkungen des neuen Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) und der neuen Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV) oder den Fortschritten bei der Zusammenarbeit der SoKo und der Gesundheitsdirektion bezüglich der Umsetzung des revidierten EG KVG. Auch die laufend wechselnden, kurzfristig umzusetzenden Vorgaben bezüglich zur Coronaprävention führten zu einem erhöhten Informationsbedarf. Die SoKo-Geschäftsstelle war zeitweise mit zahlreichen Anfragen der Sozialdienste konfrontiert. Die SoKo pflegte die im ersten Pandemiejahr eingerichtete Corona-Unterseite weiter, auf der die wichtigsten Informationen rund um die Pandemie allen Mitgliedern gesammelt und übersichtlich digital zur Verfügung stehen.

## Zusammenarbeit mit kantonalen Entscheidungsgremien

Die gute Zusammenarbeit mit der Sicherheitsdirektion wurde auch im Berichtsjahr weiter gepflegt. Das jährliche Austauschtreffen zwischen Sicherheitsdirektor Mario Fehr und dem Co-Präsidium fand im November statt. Von der Sicherheitsdirektion wurde unter anderem – als aktuelles Thema – «der Kampf gegen die häusliche Gewalt» aufgegriffen. Es ist der Direktion ein Anliegen dieses Thema vertiefter mit der SoKo anzugehen. Die SoKo schätzt es sehr, dass sich Regierungsrat Mario Fehr immer wieder aktiv an Veranstaltungen der SoKo zeigt.

Auch die Zusammenarbeit zwischen dem Co-Präsidium und Andrea Lübberstedt, Amtschefin des Kantonalen Sozialamts (KSA), und ihrem Kader wurde erfolgreich weitergeführt. Zudem engagierte sich die Leiterin Öffentliche Sozialhilfe, Nadine Zimmermann, im Kurswesen, diversen Arbeitsgruppen und auch im Vorstand der SoKo. Zu erwähnen ist auch die konstruktive Zusammenarbeit mit dem Amtschef des Migrationsamts (MA), Urs Betschart, und seinem Stellvertreter Michael Schneeberger. Mit beiden wurden im Berichtsjahr vor allem Themen rund ums Meldeverfahren behandelt.

Mit dem Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA) wurde der Austausch weiter gepflegt. Besonders zu erwähnen sind die wertvollen Kontakte mit Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt, und Yvonne Wechsler, der Leiterin der iiz-Geschäftsstelle.

Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr nahm an der Zusammenkunft der Sozialvorstände und Bezirksräte zum Thema «Hat die Integrationsagenda ihr Ziel erreicht?» teil. Zudem beteiligte sich die Regierungspräsidentin aktiv beim jährlichen durch die SoKo organisierten KESB-Trägerschaftstreffen, bei dem im September 2021 aufgrund der Themen einmalig auch die Trägerschaften der Berufsbeistandschaften im Erwachsenenschutz teilgenommen haben.

Rolf Bieri von der Aufsichtsbehörde der KESB engagierte sich im Vorstand der Sozialkonferenz und auch für das KESB-Trägerschaftstreffen. Mit Nina Gilgen, Leiterin der kantonalen Fachstelle Integration, wurde die gute Zusammenarbeit unter anderem im KIP-Begleitgremium und auch weiteren Gremien und Veranstaltungen fortgesetzt.

Im Juni 2021 fand ein Treffen mit der Bildungsdirektorin Silvia Steiner, dem Co-Präsidenten Daniel Knöpfli, dem Vizepräsidenten Philipp Müller, dem Präsidenten des Gemeindepräsidentenverbands (GPV) sowie weiteren Vertretungen aus der Bildungsdirektion, dem GPV und der SoKo statt. Themen waren das neue Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG), die dazugehörige neue Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV) sowie die im neuen KJG vorgesehene Gesamtplanung. Aus dem Treffen ist die KJG-Taskforce entstanden.

Mit André Woodtli, Amtschef des Amts für Jugend und Berufsberatung (AJB), wurde der Kontakt weiter gepflegt – unter anderem in der KJG-Taskforce sowie im KJG-Forum, in welchem sich auch Vorstandsmitglied Urs Gröbli engagiert. Matthias Huber, Leiter Fachbereich Kinder- und Jugendhilfe, ist als Vertreter des AJB im Vorstand der Sozialkonferenz aktiv.

Das Departement Soziale Arbeit der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) wird durch dessen Direktor Prof. Dr. Frank Wittmann im Vorstand der Sozialkonferenz vertreten. Zudem engagiert sich Uwe Koch, Dozent an der ZHAW, im SoKo-Kurswesen.

Die SoKo bedankt sich an dieser Stelle für die über die letzten Jahre aufgebaute und wertvolle Zusammenarbeit.

## Arbeitsgruppen

### KIP-Begleitgremium / Fachgruppe iiz / AG AIG / AG EG AVIG

Auch in der Berichtsperiode wirkte die SoKo aktiv in den im Titel genannten Gremien mit. Im KIP-Begleitgremium (KIP steht für Kantonale Integrationsprogramme) waren unter anderem die Umsetzung der Integrationsagenda Kanton Zürich (IAZH) und das KIP 2bis wesentliche Themen. In der Fachgruppe iiz (Interinstitutionelle Zusammenarbeit) wurde das Schwerpunktthema «Arbeitsintegration im Zeichen der Coronapandemie» behandelt. Die SoKo brachte in die AG AIG (Arbeitsgruppe zum Ausländer- und Integrationsgesetz) wesentliche Inputs zum Meldeverfahren von Sozialhilfebezug ans Migrationsamt ein und setzte sich auch für die Erhöhung des (Melde-)Grenzwertes von CHF 40'000 auf CHF 60'000 bei Sozialhilfebeziehenden mit Niederlassung ein. Aufgrund der Coronapandemie tagte die AG EG AVIG (Arbeitsgruppe Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungs- und Insolvenzgesetz) im Berichtsjahr nicht. Der gute Kontakt zum AWA, insbesondere zu Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt, wurde bilateral gepflegt.

### Temporäre Fachgruppe EG KVG

Die Arbeitsgruppe behandelt Themen rund um die Auswirkungen des revidierten Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz (EG KVG), welches im April 2020 in Kraft getreten ist. Insbesondere beschäftigten die Themen Sicherstellung von Individuellen Prämienverbilligungen (IPV) für Sozialhilfe-Klientinnen und -Klienten und Krankenkassen-Prämienübernahme ohne Sozialhilfebezug (die teilweise «kleine Sozialhilfe» genannt wird obwohl es sich nicht[!] um Sozialhilfe handelt) die Arbeitsgruppe. Sie steht zudem aktiv im Austausch mit der Kantonalen Gesundheitsdirektion (GD), um die Interessen der Sozialdienste zu vertreten und Verbesserungen zu erzielen.

Um die Prozesse rund um die Sicherstellung der IPV für SH-Klientinnen und -Klienten zwischen den Sozialdiensten und der kantonalen Sozialversicherungsanstalt (SVA) zu optimieren, engagiert sich die SoKo in einem Projekt, welches den Aufbau einer elektronischen Schnittstelle zum Ziel hat. Im Auftrag der GD erarbeiten Fachleute der SVA und der SoKo gemeinsam mit IT-Spezialisten ein webbasiertes IPV-Sozialhilfetool (SOHI-Tool). Zudem wird eine sogenannte SEDEX-Schnittstelle zu den Fachapplikationen der Sozialdienste eingerichtet. Das SOHI-Tool sowie Grundfunktionalitäten der SEDEX-Schnittstelle werden ab November 2022 zur Verfügung stehen. Danach werden noch weitere Funktionalitäten an der Schnittstelle entwickelt, um eine optimale Unterstützung in den Prozessen zum Datenaustausch IPV zu gewährleisten.

Die Arbeitsgruppe analysiert zurzeit, welche Unterstützung die Sozialdienste benötigen, um die gesetzliche Vorgabe bezüglich der «Kleinen Sozialhilfe» umsetzen zu können. Der Aufbau von Fachwissen und die Unterstützung in der Umsetzung für die Sozialdienste steht dabei im Zentrum. Geplant sind 2023 ein Newsletterbeitrag und eine Schulung (Infofenster), welche im Rahmen des Weiterbildungsprogrammes der SoKo angeboten werden soll.

### KESB – Gemeinden

Am 15. September 2021 wurde das jährlich durch die Sozialkonferenz organisierte KESB-Trägerschaftstreffen durchgeführt. Erstmals fand es an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) im Zürcher Toni-Areal statt – unter der Leitung von Co-Präsident Daniel Knöpfli. Aufgrund der Themen «Teilrevision EG KESR» und «Evaluation EG KESR – Inputs zur Umsetzung der Soft-Law-Massnahmen» wurden auch die Trägerschaften der Berufsbeistandschaften im Erwachsenenschutz (BB ES) eingeladen. Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr führte die Anwesenden ins Thema ein. Sie berichtete, dass das EG KESR auf Wirksamkeit, Tauglichkeit, Effizienz, Strukturen, Abläufe und Schnittstellen überprüft wurde. Der Evaluationsbericht kam zum Schluss, dass das Ziel der Reform des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts erreicht wurde. Nichtsdestotrotz besteht jedoch Handlungsbedarf für Verbesserungen. Zum einen durch eine Gesetzesrevision und zum anderen durch eine Verbesserung in der Umsetzung der «Soft-Law-Massnahmen». Die Teilnehmenden wurden über die Inhalte, die Projektorganisation sowie den Zeitplan der Teilrevision des EG KESR informiert. Vorgehen ist, dass der Kantonsrat die Revisionsvorlagen im 1. Quartal 2025 behandeln kann. Bis dahin ist der Einbezug verschiedener Akteure, unter anderem auch aus dem Kreis der Trägerschaften der KESB und der BB ES sowie der SoKo, geplant. Die «Soft-Law-Massnahmen», welche eine noch bessere Schnittstellenpflege, die Stärkung der Kommunikation, die Überprüfung der Ressourcen bei den BB ES (auch unter Berücksichtigung der KOKES-Empfehlungen vom Juni 2020), die Förderung der Weiterbildung, die Einrichtung juristischer Beratungsstellen bei den BB ES und die Etablierung von PriMa-Fachstellen vorsehen, wurden ebenso thematisiert. Zudem wurde das Thema Optimierung von Grösse und Einzugsgebiet der BB ES diskutiert. Die KESB-Trägerschaften liessen sich in ihrem separaten Sitzungsteil über Aktuelles aus der KESB-Präsidenten-Vereinigung informieren. Auch die geplante Einführung des neuen KJG und die Anpassungen in der KJV aufgrund der sehr zahlreichen Vernehmlassungsantworten zur KJV waren Thema. Das Treffen hat sich einmal mehr bewährt und die Rückmeldungen der Trägerschaften waren allesamt positiv.

### Arbeitsgruppe Wohnen

Am 4. November 2021 thematisierte die Bezirkssozialkonferenz Dielsdorf die Wohnungsnot anlässlich eines Podiums. Das Ziel dieses und eines ähnlichen Anlasses in Kloten: Fachleute und Behördenmitglieder tauschen sich mit Sozialdiensten, Immobilienbewerkschaftern oder Baugenossenschaften aus und fördern das Vertrauen zwischen den Vermietern und den Sozialdiensten, respektive den potenziellen Mieterinnen und Mietern mit schmalen Budgets. Dadurch wird die Problematik bezüglich Wohnen und der Handlungsspielraum der Sozialdienste aufgezeigt, zudem wird insbesondere bei den Immobilienbewerkschaftern das Vertrauen in die Zusammenarbeit gestärkt.

### Stiftung Chance

Viel Hoffnung lag für die Stiftung Chance im Jahr 2021. Die Impfung versprach eine rasche Beendigung der Pandemie und die Stiftung war mit ihren neuen Konzepten der Integrationsagenda Zürich (IAZH) für Flüchtlinge startklar. Trotz intensiven Bemühungen in der Zusammenarbeit und vielen persönlichen Kontakten mit den Gemeinden wurden die Hoffnungen nicht erfüllt. Die erwartete Anzahl Anmeldungen blieb aus.

Der Schweizer Arbeitsmarkt ist trotz der Vorhersagen auf dem Weg zum Vorkrisenstand. Es ist ein Rückgang der Arbeitslosigkeit in diversen Branchen spürbar. Die Wirtschaft brummt und die Nachfrage ist weiterhin auf hohem Niveau.

Die Stiftung Chance hat die Zeit genutzt, um ihre Webseite zu aktualisieren sowie ihre ICT zu erneuern. Das Arbeitsmodell Homeoffice hat sich etabliert und Online-Coachings sind nicht mehr wegzudenken. Ein wichtiger Meilenstein war die Zertifizierung mit IN-Qualis:2018, der Qualitätsnorm in der Arbeitsintegration.

Die Stiftung Chance kann zwar momentan – aufgrund der tiefen Arbeitslosenquote – nicht mit all ihren Dienstleistungen zur Verfügung stehen. Sozialhilfe-Klientinnen und -Klienten können aber jederzeit angemeldet werden.

### Gesundheitskonferenz Kanton Zürich (GeKoZH)

Die SoKo darf im Vorstand der 2020 gegründeten Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich (GekoZH) einsitzen. Ab 2022 wird die GekoZH eine Vertretung in den Vorstand der SoKo delegieren. Die GekoZH ist das Pendant zur SoKo im Gesundheitsbereich, welchen die Gemeinden verantworten. Im Fokus stehen die Gesundheits-, Alters- und Pflegeversorgung. Durch den fachlichen Austausch und die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsgemeinden stärkt der Verein gemeinsame Interessen und vertritt sie in der Gesundheitspolitik wirkungsvoll. Rund 100 Gemeinden sind mittlerweile Mitglied.

Folgende drei Themen wurden von den Mitgliedern als dringlich angesehen: Pflegefinanzierung, Versorgungsplanung und Integrierte Versorgung. Es werden nun Analysen über die Entwicklungen und die aktuelle Situation erstellt und daraus Handlungsfelder bestimmt. Die Ergebnisse werden nach Abschluss der Untersuchungen kommuniziert.

## Kursangebot der SoKo

Das zweite Jahr in Folge mussten sich die Kursteilnehmenden wie auch die Dozierenden 2021 auf die aktuelle Corona-Situation einstellen. Flexibilität war gefragt, und umso erfreulicher ist es, dass von 13 geplanten Kursen nur drei abgesagt werden mussten. Nach wie vor stossen die praxisbezogenen Kurse auf grosses Interesse. 168 Personen haben die Weiterbildungsangebote der SoKo genutzt. Dies sind 75 Personen mehr als im Jahr davor. Die Hälfte der Kurse wurde digital durchgeführt.

Grossen Anklang fanden auch im 2021 die Vermittlung von Basiswissen in der Sozialhilfe und die Schulung gesetzlicher Grundlagen und Rechtsanwendungen. Neu eingeführte Kurse wie beispielsweise «Spielräume und Ermessen in der Sozialhilfe» sind ebenfalls auf positive Resonanz gestossen. Trotz vieler bewährter Inhalte hat sich die AG Weiterbildung mit den Entwicklungen im Kurswesen auseinandergesetzt und ihr Konzept überarbeitet.

**168 PERSONEN HABEN DIE WEITERBILDUNGSANGEBOTE DER SOKO GENUTZT. DIES SIND 75 PERSONEN MEHR ALS IM JAHR DAVOR. DIE HÄLFTE DER KURSE WURDE DIGITAL DURCHFÜHRT.**

Ausgehend vom Auftrag der SoKo wurde eine Positionierung vorgenommen. Die Kernkompetenzen liegen in der kompakten Vermittlung von theoretischem und praktischem Wissen, in der Aktualität der Themenwahl und in der unkomplizierten Zugänglichkeit. Durch die Digitalisierung eröffnen sich zusätzliche Möglichkeiten hinsichtlich des fachlichen Austausches, der Vernetzung und des Wissenstransfers. Die SoKo nutzt diese Chancen und wird im 2022 das neue Konzept umsetzen.

## Zusammenkunft der Sozialvorstände 2021

Die Zusammenkunft der Sozialvorstände und Bezirksräte vom 25. November 2021 in Winterthur stand im Zeichen der Integrationsagenda. Sehr erfreulich war, dass der Co-Präsident Daniel Knöpfli die Teilnehmenden – nach mehreren Tagungen der SoKo, die aufgrund der Pandemie abgesagt werden mussten – wieder vor Ort begrüßen konnte. In ihrem Grusswort an die Teilnehmenden ging Regierungspräsidentin Jacqueline Fehr auf die Bedeutung der Integration für den Kanton Zürich ein und hob hervor, wie wichtig diese für das gesellschaftliche Zusammenleben ist. Sie wertschätzte den Einsatz, der in den Gemeinden und in den Sozialdiensten geleistet wird, wo schliesslich die Umsetzungsarbeit stattfindet.

Damit die Tagungsteilnehmenden der etwas provokativen Frage auf der Tagungseinladung «Erreicht die Integrationsagenda ihr Ziel?» mit dem nötigen Hintergrundwissen nachgehen konnten, wurden die Integrationsagenda Schweiz (IAS) und die Integrationsagenda des Kantons Zürich (IAZH) aus verschiedenen Perspektiven betrachtet. So berichteten Adrian Gerber, Abteilungsleiter des Staatssekretariats für Migration (SEM), aus der Bundesperspektive und Nina Gilgen, Leiterin Fachstelle Integration Kanton Zürich (FI), aus der Kantonsperspektive unter anderem über die Wirkungsziele und das Fördersystem für Geflüchtete. Nadine Zimmermann, Abteilungsleiterin Öffentliche Sozialhilfe beim kantonalen Sozialamt (KSA), präsentierte die verschiedenen Unterstützungs- und Integrationsangebote in der 1. Phase. Die kommunale Sicht wurde vom Winterthurer Stadtrat und Sozialvorstand Nicolas Galladé eingebracht. Die etwas kritische



Sichtweise der NGO beleuchtete Max Elmiger, Direktor der Caritas Zürich.

Nach den Präsentationen von den drei Staatsebenen und der kritischen Würdigung der NGO's sowie der Kirchen, lagen ausreichend Informationen vor, die in Gruppen diskutiert werden konnten, um die unterschiedlichen Erfahrungen und Handlungsansätze unter den Gemeinde-Vertreter/-innen und weiteren Teilnehmenden auszutauschen.

Am Schluss der Veranstaltung diskutierten die Referentinnen und Referenten sowie der Co-Präsident in einem durch Roman Dellsperger moderierten Panelgespräch zusammen mit dem Plenum nochmals die «heissen Eisen» rund um die IAS/IAZH und deren Umsetzung im Kanton Zürich. Trotz den kritisierten neuen aufwändigeren administrativen Abläufen bei der Verrechnung und dem Reporting wurde insgesamt festgestellt, dass die Zürcher Gemeinden und Städte zusammen mit dem Kanton auf gutem Weg sind. Allerdings braucht es noch ein paar Jahre an weiteren Bemühungen und Erfahrungen, bis die Frage auf der Einladung, ob «die Integrationsagenda ihr Ziel erreicht», beantwortet werden kann.

## Jahrestagung 2021

Am Donnerstag, 25. November 2021, fand in der Alten Kaserne in Winterthur die traditionelle Jahrestagung der SoKo statt. Unter dem Titel «Sozialhilfe in schwierigen Zeiten» wurde am Nachmittag die Fachtagung durchgeführt. Co-Präsidentin Astrid Furrer leitete das Nachmittagsprogramm ein mit Gedanken zur Coronapandemie und den Auswirkungen auf die psychische und physische Gesundheit, auf den Arbeitsmarkt, der unterteilt wurde in «systemrelevante» und «übrige» Berufe, sowie auf das gesellschaftliche Zusammenleben.

Regierungsrat und Sicherheitsdirektor Mario Fehr orientierte über die kantonalen Aktualitäten im Zusammenhang mit der Coronakrise. Er wies darauf hin, wie wichtig das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft, von politischen Behörden und engagierten Einzelpersonen sowie privaten Organisationen für eine stabile und sozial starke Gesellschaft ist. Anhand mehrerer Beispiele belegte er, dass dieses Zusammenspiel im Kanton Zürich funktioniere.

Besonderes Thema war die häusliche Gewalt. Bereits zu Beginn der Pandemie wurden die Massnahmen gegen häusliche Gewalt intensiviert. Die Gemeinden spielen eine zentrale Rolle, um eine Anschlusslösung nach einem Aufenthalt im Frauenhaus zu finden.

Im Asylbereich sei die Umsetzung von Bund, Kanton und Gemeinden gut, die Aufnahmequote bleibe gleich bei 0.5 Prozentpunkten. Bei den unbegleiteten Minderjährigen

sollten integrationsorientierte Platzierungen in den Gemeinden optimiert werden. Ein Meilenstein sei das «Selbstbestimmungsgesetz» für Menschen mit Behinderung. Auch hier spielten die Gemeinden eine grosse Rolle, um den Alltag zu erleichtern. Mario Fehr unterliess es nicht, den Gemeinden für ihren wichtigen Beitrag an ein funktionierendes Netz im Sozialbereich zu danken. Es gelte für alles der Grundsatz: «Gemeinsam weiter!»

Oliver Schärli, Leistungsbereichsleiter Arbeitsmarkt und Leiter Arbeitslosenversicherung beim Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), präsentierte eine umfassende Übersicht über sämtliche wirtschaftspolitische Massnahmen aufgrund der Pandemie. Gleichzeitig präsentierte er die wirtschaftspolitische Strategie für die Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie.

Edgar Spieler, Leiter Arbeitsmarkt beim kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA), spann den Faden weiter und konnte die positiven Folgen der Massnahmen belegen. Die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt seien noch robuster als erwartet. Die digitale Leistungserbringung der Arbeitslosenversicherung stärke die Effizienz und werde vorangetrieben. Für das AWA hiessen die Entwicklungen in Bezug auf die Arbeitssuchenden, dass die digitalen Grundkompetenzen aus- und aufgebaut werden müssten.

Christoph Eymann, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), ergänzte mit seinem Referat die Perspektive der Sozialhilfe und zeigte, dass mit den Massnahmen die soziale Sicherheit funktioniert habe. Die SKOS widme sich im Bereich Sozialpolitik folgenden Themen: Monitoring der Folgen der Covid-Pandemie, Neuausrichtung der Arbeitsmarktpolitik mit einer Stärkung des Bereichs Umschulung und Weiterbildung, Familienarmut, Soziale Integration und einem neuen Grundlagenpapier zum Zusammenhang von Klima- und Sozialpolitik.

Die Referate zeigten auf, dass dank der enormen finanziellen Unterstützung des Bundes und der Kantone Verlagerungen in die Sozialhilfe verhindert werden konnten. Erst die nächsten Monate und Jahre werden aufzeigen, was die mittel- bis langfristigen Folgen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt und auf die Sozialhilfe sein werden. Die aktuellen Entwicklungen des Bruttoinlandproduktes (BIP) lassen hoffen, dass sich sowohl die Schweiz als auch der Kanton Zürich wirtschaftlich rasch erholen werden und damit keine wesentliche Zunahme der Sozialhilfequote zu befürchten ist.

Co-Präsidentin Astrid Furrer und Co-Präsident Daniel Knöpfli freuten sich über die zahlreiche Teilnahme an der Tagung und zogen eine durchwegs positive Bilanz der beiden Programmteile «Umsetzung Integrationsagenda» sowie «Folgen der Coronakrise auf die Arbeitsmarktbehörden und die Sozialhilfe».





## Organe / Finanzen

### Mitgliederversammlung 2021

Aufgrund der Corona-Massnahmen musste die Sommertagung vom 24. Juni 2021 abgesagt werden, womit auch auf eine physische Durchführung der Mitgliederversammlung verzichtet werden musste. Da einzig statutarisch notwendige Beschlüsse der Mitgliederversammlung traktandiert waren, hat der Leitende Ausschuss – gestützt auf die COVID-19-Verordnung 3 – die Durchführung in elektronischer Form beschlossen. An der elektronischen Abstimmung über die traktandierten Geschäfte haben 49 Mitglieder teilgenommen. Neben der Genehmigung des letztjährigen Protokolls wurden die Jahresrechnung 2020 und der Jahresbericht 2019/2020 ohne Gegenstimme abgenommen.

### Finanzen

Die Jahresrechnung 2021 schloss bei einem Aufwand von CHF 267'213.10 und einem Ertrag von CHF 267'689.68 mit einem kleinen Gewinn von CHF 476.58. Das Vereinskonto betrug per 31. Dezember 2021 CHF 71'102.85. Sehr erfreulich war, dass das Kurswesen schwarze Zahlen schrieb. Trotz Corona-Einschränkungen konnten viele Kurse durchgeführt werden, weil Referenten/innen auf Online-Kurse umstellten. Für die Geschäftsstellen-Führung in Bülach waren drei Nachzahlungen notwendig und wegen der Coronapandemie kam es zu administrativen Mehraufwänden. Demgegenüber standen Kosteneinsparungen durch den Verzicht auf Drucksachen und Papierversände, was schliesslich zum angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen sehr erfreulichen Rechnungsergebnis führte.

### Vorstandssitzungen

Der SoKo-Vorstand tagte in der Berichtsperiode insgesamt vier Mal, der Leitende Ausschuss fünf Mal, wobei fast alle Sitzungen in digitaler Form als Videokonferenzen stattfinden mussten. Die Hauptthemen im Leitenden Ausschuss sowie im Vorstand waren die Vernehmlassung zur Kinder- und Jugendheimverordnung (KJV) sowie das Projekt elektronische Schnittstelle Sozialämter und SVA gestützt auf das EG KVG.

Sylvia Veraguth Bamert (Gemeinderätin aus Gossau und Vertreterin der Bezirkssozialkonferenz Hinwil) trat aus beruflichen Gründen als Vizepräsidentin zurück, verbleibt aber im Leitenden Ausschuss. Als neuer Vizepräsident wurde Philipp Müller (Stadtrat Dietikon und Vertreter Bezirkssozialkonferenz Dietikon) gewählt. Aufgrund des Stellenwechsels von Daniel Knöpfli von Bülach nach Winterthur nahm Raphael Gubser, Stadt Bülach, als neue Fachperson aus dem Bezirk Bülach interimistisch in den Vorstand Einsitz.

**Wir danken allen Mitwirkenden innerhalb der Sozialkonferenz sowie den Mitarbeitenden des Sekretariats und allen, die sich für das Sozialwesen und eine zeitgemässe Sozialhilfe einsetzen, dass sie die Anliegen der Sozialkonferenz positiv begleiten.**

Astrid Furrer, Co-Präsidentin  
Daniel Knöpfli, Co-Präsident

## Vorstand

Astrid Furrer	Co-Präsidentin *
Daniel Knöpfli	Co-Präsident *
Sylvia Veraguth Bamert	Vizepräsidentin, Vertreterin Bezirk Hinwil *
Susanne Friedrich	Quästorin, Vertreterin Bezirk Andelfingen *
Ronald Alder	Vertreter Bezirk Affoltern
Manfred Dachs	Fachperson
Esther Elmer	Vertreterin Bezirk Pfäffikon
Max Elmiger	Vertreter Private Institutionen
Beat Fahrni	Vertreter Bezirk Dielsdorf
Nicolas Galladé	Vertreter Bezirk Winterthur
Raphael Golta	Vertreter Stadt Zürich *
Urs Gröbli	Fachperson *
Raphael Gubser	Fachperson a.i. (ab Oktober 2021, ohne Stimmrecht)
Martina Hubacher	Vertreterin Bezirk Uster
Emy Lalli	Vertreterin Bezirk Zürich
Armin Manser	Fachperson *
Rudolf Menzi	Vertreter Bezirk Bülach
Markus Morger	Fachperson
Philipp Müller	Vertreter Bezirk Dietikon *
Thomas Pally	Vertreter Bezirk Meilen
Sandra Reinli	Vertreterin Bezirk Winterthur Land
Pascal Scattolin	Fachperson
Reto Wildeisen	Vertreter Bezirk Horgen

(\* Mitglieder des Leitenden Ausschusses)

## Beisitzer im Vorstand

Rolf Bieri	Gemeindeamt (GAZ), KESB-Aufsicht
Mark Eberli	Verband der Gemeindepräsidien (GPV)
Doris Egloff	AG Weiterbildung
Matthias Huber	Amt für Jugend und Berufsberatung (AJB)
Esther Studer	KESB-Präsidien-Vereinigung (KPV)
Frank Wittmann	ZHAW, Soziale Arbeit
Nadine Zimmermann	Sozialamt Kanton Zürich (KSA)

## Revisoren

Patric Eisele	Bezirk Andelfingen
Remo Moser	Bezirk Horgen

## Geschäftsstelle

Daniel Knöpfli (Leitung) und Yvonne Henzmann \*\* (Administration), Stadt Bülach \*\*

(\*\* bis 31. Dezember 2021)

## Sekretariat

David Ammann (Leitung), Tom Wettstein und Katarina Jankovic (Administration),  
Daniela Heinzmann (Buchhaltung), Martin Mächler (Kommunikation), Federas Beratung AG, Zürich

## Impressum

Herausgeberin  
Sozialkonferenz des Kantons Zürich

Redaktionskommission  
Vorstand der Sozialkonferenz des  
Kantons Zürich

Redaktion  
Sekretariat Sozialkonferenz Kanton Zürich

Gestaltung  
www.green-design.ch

Redaktionsadresse  
Sozialkonferenz des Kantons Zürich  
Sekretariat  
Mainaustrasse 30  
8034 Zürich  
Tel.: +41 44 388 71 93  
sekretariat@zh-sozialkonferenz.ch  
www.zh-sozialkonferenz.ch

